

Heymann, Eric

Article

Industriestandort Deutschland droht struktureller Verlust an Wettbewerbsfähigkeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Heymann, Eric (2022) : Industriestandort Deutschland droht struktureller Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 102, Iss. 12, pp. 941-944, <https://doi.org/10.1007/s10273-022-3342-x>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/268984>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Eric Heymann*

Industriestandort Deutschland droht struktureller Verlust an Wettbewerbsfähigkeit

Die aktuelle Energiekrise, die durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine ausgelöst wurde, birgt für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt und speziell für die deutsche Industrie große konjunkturelle Risiken. Zudem bedeutet sie eine enorme strukturelle Herausforderung für den Industriestandort Deutschland. Gerade energieintensive Branchen, die Erdgas nicht nur als Energieträger, sondern auch als stofflichen Rohstoff einsetzen, dürften am Standort unter Druck geraten.¹

Konjunktur: Rezession wohl nicht vermeidbar

Aus konjunktureller Sicht wirkt die Energiekrise negativ auf den privaten Verbrauch. Die hohen Energiepreise schmälern die verfügbaren Einkommen. Angesichts der Unsicherheit über die künftigen Energiepreise dürften die privaten Haushalte ihre Sparquote kaum reduzieren. Gerade die Anschaffung von langlebigen Konsumgütern des aufschiebbaren Bedarfs dürften viele Haushalte zurückstellen. Die aktuelle Unsicherheit schwächt ferner die Investitionsneigung der Unternehmen. Das gilt sowohl für Ausrüstungsinvestitionen als auch für Bauinvestitionen. Zusätzlich dämpfen steigende Zinsen sowie hohe Preise und anhaltende Materialengpässe bei vielen Vorprodukten die Investitionstätigkeit. Auch von den Exporten sind keine Impulse zu erwarten, denn die hohen Energiepreise bzw. die Energieknappheit sowie Störungen der Lieferkette wirken negativ auf die Industrieproduktion und schmälern damit die Exportmöglichkeiten. Hinzu kommt, dass sich wichtige Absatzmärkte der deutschen Exportwirtschaft ebenfalls in einer wirtschaftlichen Schwächephase befinden. Die EU ist vom Krieg in der Ukraine betroffen. In den USA erfolgt die Zinswende mit besonders schnellem Tempo. Und China hat noch keinen Weg aus der Null-COVID-Politik gefunden, weshalb auch hier das Wirtschaftswachstum schwach ausfällt. Der schwache Euro kann diese negativen Effekte nur zu einem kleinen

Teil kompensieren. Aktuell bilden lediglich die expansiven Staatsausgaben eine Konjunkturstütze. Gas- und Strompreisbremse sowie andere Maßnahmen mildern zwar die negativen Effekte der gestiegenen Energiepreise für private Haushalte und Unternehmen ab. Sie dürften aber eine Rezession in Deutschland nicht verhindern können.

Enorme strukturelle Herausforderungen für den Industriestandort

Gegenüber dem erwarteten konjunkturellen Abschwung sind die strukturellen Herausforderungen für den Industriestandort Deutschland potenziell gravierender. Die aktuelle Gaskrise könnte sich sogar als „Gamechanger“ für den Industriestandort Deutschland und das deutsche exportorientierte Geschäftsmodell erweisen. Deutschland ist durch eine vertikal integrierte industrielle Wertschöpfungskette geprägt. Sie beginnt mit der Produktion von Metallen, Grundstoffchemikalien, Kunststoffen und anderen Zwischenprodukten und endet bei maßgeschneiderten High-End-Investmentsgütern wie Maschinen, elektrotechnischen Ausrüstungen oder Fahrzeugen für globale Kunden.

Diese vertikale Integration hat sich im globalen Wettbewerb als Vorteil erwiesen und konnte eine Reihe von Kostennachteilen des Standorts (Löhne, Steuern, Energie) kompensieren. Sie basiert auf einer langjährigen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und ihren jeweiligen Zulieferern sowie spezialisierten Forschungseinrichtungen. Laut Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft entfallen mehr als 85 % aller internen und externen Forschungs- und Entwicklungsausgaben in der Wirtschaft auf Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Dies ist der wesentliche Pfeiler für die Innovationskraft der Industrie. Ergänzt wird der Verbund durch einen effizienten und global agierenden Logistiksektor und kundenspezifische After-Sales-Dienstleistungen.

Nur wenige Länder verfügen über eine derartige vertikale Integration in der Industrie. Der Erfolg dieses Geschäftsmodells spiegelt sich auch im hohen Anteil des Verarbei-

¹ Der Beitrag stützt sich auf die Gemeinschaftsdiagnose (2022) und Heymann (2022).

© Der/die Autor:in 2022. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

* Alle Meinungen geben die Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht.

Eric Heymann ist Director und Senior Economist bei Deutsche Bank Research in Frankfurt am Main.

tenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung wider. Er lag in Deutschland 2021 bei 20,8 %. In Frankreich oder Großbritannien sind es nur noch 10 %. Positiv ist dabei auch, dass die Industrie hohe Löhne zahlt, die gerade in vielen personenbezogenen Dienstleistungen nicht erreicht werden.

Energieintensive Branchen geraten unter Druck

Am Anfang dieser Wertschöpfungskette werden die energieintensiven Branchen in den kommenden Jahren stärker unter Druck geraten. Dazu zählen die Chemieindustrie, die Metallherzeugung, die Baustoffindustrie sowie das Papiergewerbe. Sie haben in den vergangenen Jahrzehnten von den recht günstigen und verlässlichen Pipeline-Gasimporten (nicht nur, aber auch) aus Russland profitiert. Künftig soll ein Teil dieser Gasmengen durch mehr Importe von verflüssigtem Erdgas (LNG) ersetzt werden. Es ist zu erwarten, dass die weltweite Nachfrage nach LNG in den nächsten Jahren schneller steigen wird als das LNG-Angebot. Damit dürfte LNG teurer bleiben als Pipeline-Gas. Dies ist vor allem eine Belastung für Branchen mit einem hohen Gasverbrauch. Auf die zuvor genannten vier energieintensiven Sektoren sowie das Ernährungsgewerbe entfallen etwa 85 % des industriellen Gasverbrauchs in Deutschland. Sie machen aber nur etwa 23 % der gesamten industriellen Bruttowertschöpfung aus. Allein die chemische Industrie in Deutschland verbraucht fünfmal so viel Gas wie Dänemark insgesamt. Eine schnelle und umfassende Umstellung weg von Gas hin zu anderen Energieträgern ist in vielen Sektoren nicht möglich oder wäre sehr teuer, weshalb die Unternehmen für die Zukunft höhere Gaspreise einkalkulieren müssen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Sektoren wird leiden.

Auch im Stromsektor soll Erdgas die Zeit überbrücken, bis die erneuerbaren Energien den Löwenanteil der deutschen Stromversorgung übernehmen können. Zudem sollen Gaskraftwerke den angestrebten Ausstieg aus der Kohle im Stromsektor bis (idealerweise) 2030 ermöglichen. Mit der weiteren Elektrifizierung der Wirtschaft wird der jährliche Strombedarf in Deutschland steigen. Darüber hinaus wird die Spitzenlast in den Wintermonaten zunehmen, wenn mehr Häuser mit elektrischen Wärmepumpen ausgestattet, mehr industrielle Prozesse elektrifiziert und mehr Elektroautos unterwegs sind. Die Ampelkoalition erkennt an, dass neue Gaskraftwerke, die auch mit Wasserstoff betrieben werden können, notwendig sind, um die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Schwankungsanfälligkeit der erneuerbaren Energien und der Saisonalität der Nachfrage zu bewältigen. Deutschland braucht diese Reservekapazitäten, um die Stromversorgung in Notzeiten sicherzustellen, etwa wenn die Nachfrage in kalten Wintern nicht allein durch erneu-

erbare Energien gedeckt werden kann. Höhere Gaspreise werden diese Umstellung im Stromsektor verteuern.

In den energieintensiven Branchen ist der reale Kapitalstock in Deutschland (gemessen am Nettoanlagevermögen) bereits in den vergangenen Jahren recht stetig gesunken. In der chemischen Industrie lag er 2020 um etwa 10 % unter dem Niveau des Jahres 2000. In der Metallherzeugung beträgt der Rückgang des Nettoanlagevermögens etwa 22 %, in der Papierindustrie 30 % und in der Baustoffindustrie sogar 37 % (jeweils 2020 im Vergleich zu 2000). Der Trend eines sinkenden realen Kapitalstocks der energieintensiven Industrien in Deutschland könnte sich in den kommenden Jahren beschleunigen. Es ist zwar nicht zu erwarten, dass große energieintensive Industrieanlagen in Deutschland kurzfristig in großem Stil geschlossen werden. Aber neue Investitionen werden wohl eher in Ländern mit niedrigeren Energiekosten getätigt. Man kann also von „Investment Leakage“ sprechen. Wenn einzelne Teile der industriellen Wertschöpfungskette geschwächt werden, reduziert dies auch die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Industriestandorts.

Strukturell höhere Gaspreise sind auch ein Problem für das Ziel vieler Sektoren, klimaneutral zu werden. So strebt beispielsweise die Stahlindustrie einen Übergang weg von Kohle als Reduktionsmittel hin zu grünem Wasserstoff an. Massive Investitionen sind für diese Transformation erforderlich. Da die Versorgung mit grünem Wasserstoff weiterhin knapp und teuer bleiben wird, sollte Gas eine Brückentechnologie auf dem Weg dorthin sein. Durch die zu erwartenden höheren Gaspreise wird die Umstellung in der Stahlindustrie teurer als ursprünglich geplant. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die grüne Transformation dann tatsächlich am Standort Deutschland erfolgen wird.

Wertschöpfungsverluste der Automobilindustrie am Standort Deutschland zu erwarten

Am anderen Ende der industriellen Wertschöpfungskette hat in der Automobilindustrie ein massiver Strukturwandel eingesetzt. Aufgrund der strengen CO₂-Grenzwerte der EU für neue Pkw setzen fast alle Autohersteller für den europäischen Markt auf elektrische Antriebe. Dieser Trend in Richtung batterieelektrischer Mobilität wird die Produktionsstrukturen am Standort durcheinanderwirbeln. Auf der einen Seite haben viele Unternehmen angekündigt, in Deutschland Fabriken für die Produktion von Batterien anzusiedeln. Zudem rüsten viele Autohersteller ihre Produktionsstätten auf die Fertigung von E-Autos um. Dieser Entwicklung stehen auf der anderen Seite Wertschöpfungsverluste bei jenen Kfz-Zulieferern gegenüber, die vor allem Teile und Komponenten für Autos mit Verbrennungsmotor herstellen.

Dies geschieht zu einer Zeit, in der sich viele Zulieferer ohnehin in einer schwierigen Position befinden. Durch den anhaltenden Materialmangel (z.B. Halbleiter) fiel es der Branche in den vergangenen Quartalen schwerer, Größenvorteile in der Produktion zu erzielen. Die Preisverhandlungen mit den Herstellern dürften derzeit bei vielen Zulieferern Kopfzerbrechen bereiten. Im Zuge des Strukturwandels dürfte es aus Kostengründen zunehmend schwerfallen, die Produktion von Pkw im Volumensegment in Deutschland zu halten. Standorte in Deutschland könnten im konzerninternen Wettbewerb der großen Autohersteller häufiger das Nachsehen gegenüber ausländischen Standorten haben. Bei Fahrzeugen der Oberklasse ist dieses Risiko weniger stark ausgeprägt. Insgesamt dürfte die Netto-Bilanz des Strukturwandels für die Wertschöpfung und Beschäftigung der Automobilindustrie in Deutschland negativ ausfallen. Erschwerend kommt hinzu, dass die lokalen Nachfrageimpulse für die heimische Produktion begrenzt sind. Die EU ist der wichtigste Absatzmarkt für Fahrzeuge aus deutscher Produktion. Der Pkw-Markt in der EU ist jedoch gesättigt. Weiteres Wachstum dürfte nur noch mit einer besseren Ausstattung der Autos und nicht über die Stückzahlen zu erzielen sein.

Maschinenbau und Elektrotechnik mit besseren Perspektiven

Im Vergleich zur Automobilindustrie schätzen wir die Perspektiven des Maschinenbaus oder der Elektrotechnik am Standort Deutschland besser ein. Beide Branchen liefern die Technologien, die für eine klimaverträglichere Zukunft benötigt werden. Auch der globale Trend zur Digitalisierung und Elektrifizierung begünstigt diese Sektoren. Gerade der Maschinenbau wird in den kommenden Jahren sein Portfolio noch mehr um Software-Lösungen und digitale Dienstleistungen erweitern. Vorteilhaft für den Standort Deutschland ist auch, dass die Sektoren durch viele mittelständische Unternehmen geprägt sind, die sich durch eine große heimische Wertschöpfungstiefe und eine regionale Verbundenheit auszeichnen. Der Maschinenbau kann durch eine Fokussierung auf Spezialmaschinen Kostennachteile des Standorts oder auch temporäre Aufwertungen des Euro besser ausgleichen als Branchen, in denen eher standardisierte Produkte erzeugt werden. Das Know-how der Branche dürfte auch künftig den preislichen Wettbewerbsdruck abmildern, wenngleich Anbieter in China technologisch aufholen.

Der Halbleitermangel der jüngeren Vergangenheit hat zudem dazu geführt, dass neue Werke für die Chip-Produktion in Deutschland entstehen sollen – trotz der hohen Stromkosten. Damit soll auch die Abhängigkeit von nur wenigen Lieferanten aus Asien verringert werden. Bei der Batteriezellenproduktion spielt dieses Argument eben-

falls eine Rolle. Zwar werden solche Ansiedlungen auch durch staatliche Förderprogramme begünstigt. Gleichwohl sind diese Investitionsentscheidungen zugunsten des Standorts Deutschland eine positive Nachricht.

Neben Maschinenbau und Elektrotechnik bieten sich auch der Pharmaindustrie gute Chancen am Standort Deutschland. Die Coronapandemie hat den politischen Willen bekräftigt, in diesem Bereich künftig weniger abhängig von Importen zu sein. Eine Stärkung kontinentaler Wertschöpfungsketten könnte die Folge sein. Die jüngsten Erfolge bei der Impfstoffentwicklung und -produktion in Deutschland illustrieren die Potenziale der Branche.

Differenziertes Bild, aber sinkender Industrieanteil sehr wahrscheinlich

In Summe ergibt sich ein differenziertes Bild. Eine umfassende Deindustrialisierung in Deutschland über alle Branchen hinweg ist aus heutiger Sicht wenig wahrscheinlich. Dagegen spricht nicht zuletzt die Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie, die sie in den vergangenen Jahrzehnten unter Beweis gestellt hat und die häufig unterschätzt wurde. Die Innovationskraft der deutschen Industrie und eine weitere Internationalisierung werden auch künftig dabei helfen, sich im globalen Wettbewerb zu behaupten.

Richtig ist aber auch, dass sich die Perspektiven für einige Industriesektoren durch die akute Energiekrise und die mittelfristig höheren Gaspreise deutlich eingetrübt haben. Hohe Energiepreise werden aber auch für jene Branchen eine Belastungsprobe darstellen, die selbst nicht energieintensiv produzieren. Um die deutschen Klimaziele zu erreichen, muss der Energieverbrauch, ein wichtiger Inputfaktor, in den kommenden Jahren deutlich verringert werden. Schließlich gilt für alle Sektoren, dass umfangreiche Investitionen getätigt werden müssen, um Produktionsprozesse klimaverträglicher zu gestalten. Dabei können dadurch Kosten entstehen, dass Anlagen vor dem eigentlichen Ende ihrer Lebensdauer außer Betrieb gestellt werden. Wenn in solchen Branchen ohnehin umfangreiche Investitionen anstehen, werden international agierende Unternehmen häufiger die Standortfrage gegen Deutschland entscheiden und dort investieren, wo z.B. große Mengen an erneuerbaren Energien oder grünem Wasserstoff kostengünstiger als in Deutschland produziert werden können oder wo die Preise für fossile Energien dauerhaft niedriger sein werden als in Deutschland und Europa (z. B. in den USA).

Nicht nur Energie ist ein Thema für die Industrie in Deutschland. Bei klassischen Standortfaktoren wie der Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften, Lohnhöhe

oder der Flexibilität bei Arbeitszeiten hat sich Deutschlands Position im internationalen Vergleich in den vergangenen Jahren eher verschlechtert. Beim Ausbau der digitalen Infrastruktur liegen viele Länder vor Deutschland. Hinzu kommen die anhaltenden Handelskonflikte, die schädlich für eine offene Volkswirtschaft sind und die die Investitionsbereitschaft hemmen. Die jüngste US-Politik setzt zudem gezielt Anreize, in den USA zu investieren. Das dürfte für viele deutsche Unternehmen lukrativ sein. Schließlich bedeutet die demografische Entwicklung eine Herausforderung für den Standort. Sie geht einher mit einem sinkenden Erwerbspersonenpotenzial. Der Staat wird einen höheren Anteil seines Budgets für Rentenzahlungen ausgeben, wenn die eigentlichen Stellschrauben der Rentenpolitik (Rentenhöhe, Renteneintrittsalter und Rentenbeiträge) nicht angepasst werden sollen. Dieses Geld steht dann nicht zur Verfügung für produktivere Ausgaben wie Forschung und Entwicklung oder eine verbesserte Infrastruktur.

In Summe ist zu erwarten, dass der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in den nächsten Jahren weiter sinken wird. Im Jahr 2016

lag der Anteil noch bei 22,9%. 2022 dürfte er nur knapp über 20% liegen. In Zukunft wird es wichtiger, zwischen den deutschen Industrieunternehmen auf der einen Seite und dem Industriestandort Deutschland auf der anderen Seite zu unterscheiden. Dabei sind wir pessimistischer für den Industriestandort Deutschland als für große deutsche Industrieunternehmen, die ihre Aktivitäten besser internationalisieren und Produktionsstandorte nach ihren individuellen Kosten- und Kundenstrukturen wählen können. Für den deutschen Mittelstand, insbesondere in den energieintensiven Branchen, wird die Anpassung an eine neue Energiewelt und andere Strukturprobleme eine größere Herausforderung, an der manche Unternehmen scheitern werden.

Literatur

- Gemeinschaftsdiagnose (2022), Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2022: Klimaschutz ohne Produktionseinbußen: Die Rolle energiesparenden technischen Fortschritts, <https://gemeinschaftsdiagnose.de/2022/06/29/gemeinschaftsdiagnose-fruehjahr-2022-klimaschutz-ohne-produktionseinbuessen-die-rolle-energiesparenden-technischen-fortschritts/> (1. Dezember 2022).
- Heymann, E. (2022), Energiekrise trifft Industrie bis ins Mark, Deutsche Bank Research.

Title: *Germany Faces Structural Loss of Competitiveness as an Industrial Nation*

Abstract: *The current energy crisis poses major economic growth risks for the German economy as a whole and for German industry in particular. It also represents an enormous structural challenge for Germany as an industrial nation. A comprehensive deindustrialization in Germany across all sectors is unlikely. One argument against this is the adaptability of German industry. The prospects for some industrial sectors have become significantly gloomier, however, as a result of the acute energy crisis and higher gas and energy prices in the medium term.*